

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD



» QUERDENKER*INNEN
immer gefährlicher

» AUS DEM BUNDESTAG
Sozial, Digital und
Klimaneutral ins
neue Jahr



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wir sind Kanzler! Die letzten Wochen des Jahres 2021 waren historisch. Nach 16 Jahren gibt es wieder eine Bundesregierung ohne die Union. Das erste Mal überhaupt gibt es eine Ampelkoalition auf Bundesebene. Und erst das vierte Mal ist ein Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt worden. Ein überraschend gutes Jahresende war das.

Nicht allein Olaf, sondern wir alle gemeinsam – hier in Nürnberg und in ganz Deutschland – haben diesen Wahlsieg errungen. Und genauso werden wir weitermachen. Wenn wir weiterhin hart in der Sache nach innen diskutieren, aber geschlossen nach außen auftreten, von der Kommune über das Land bis zum Bund, dann kann uns vieles gelingen. Dann kann 2022 der Aufbruch in ein sozialdemokratisches Jahrzehnt werden. Unser Land braucht uns. Große Herausforderungen stehen vor uns.

Nicht zuletzt befinden wir uns immer noch in der schlimmsten Pandemie seit 100 Jahren. Es ist an uns allen, für die notwendigen Maßnahmen zu werben, sie umzusetzen und zugleich für Solidarität und Ausgleich zu sorgen. Auch bei der Pandemie gilt: Nur gemeinsam schaffen wir das! Lasst uns anpacken!

Ich wünsche euch und euren Familien ein gutes neues Jahr – bleibt gesund und munter!

Auf in die neue Zeit!

Euer

Nasser Ahmed

KANZLER OLAF SCHOLZ VEREIDIGT

DIE NEUE BUNDESREGIERUNG STEHT



Foto: Florian Gaertner/photothek.de

Die gewonnene Bundestagswahl war wohl das Highlight des Jahres für uns Genossinnen und Genossen. Der Dezember war der krönende Abschluss des Jahres 2021. In der letzten Ausgabe des springenden Punktes haben wir euch kurz darüber berichtet, dass die Ampel-Parteien den Koalitionsvertrag vorgestellt haben. „Mehr Fortschritt wagen“ lautet der Titel des Vertrags und damit auch das große Ziel der neuen Regierung.

Eine der letzten wichtigen Etappen, bevor Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt werden soll, ist die Wahl der Bundesministerinnen und -minister. Am 6. Dezember hat Olaf Scholz sein Team vorgestellt. Weil die Hälfte der Gesellschaft Frauen sind, sollen sie auch die Hälfte der Macht haben, betonte Scholz bei der Vorstellung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Berliner Willy-Brandt-Haus. Von den insgesamt 16 Bundesministerinnen und -ministern, die von den drei künftigen Koalitionspartnern gestellt werden, sind damit 8 Frauen.

Das Innenministerium wird erstmals von einer Frau geleitet. Die hessische Fraktions- und Parteivorsitzende Nancy Faeser gilt als Expertin, hatte sie doch 12 Jahre lang als innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion das Thema intensiv bearbeitet. Einen Schwerpunkt will sie vor allem auf den Kampf gegen Rechtsextremismus legen. Verteidigungsministerin soll Christine Lambrecht werden. Arbeits- und Sozialminister bleibt Hubert Heil. Als eine der spannendsten Personalien war im Vorfeld die Besetzung des Gesundheitsministeriums gehandelt worden. „Er wird es“, kündigte Scholz den Gesundheitsexperten Karl Lauterbach an.

Um den wichtigen Bereich Bauen und bezahlbare Wohnungen wird sich die Ostdeutsche Klara Geywitz kümmern. Die bisherige Umweltministerin Svenja Schulze soll künftig Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verantworten. Koordiniert werden soll die Arbeit der Bundesministerien, die Verknüpfung zu den Koalitionsfraktionen »>

und die Zusammenarbeit mit den Ländern durch den langjährigen Scholz-Vertrauten und Weggefährten Wolfgang Schmidt, der Kanzleramtsminister wird.

Koalitionsvertrag besiegelt

Am Morgen vor der Kanzlerwahl haben sich die Ampel-Parteien vor der Presse zusammengefunden, um den Koalitionsvertrag zu unterzeichnen. Damit ist der Weg frei für eine Fortschrittskoalition, die sich viel vorgenommen hat und keine Zeit verlieren will.

Und dann war es so weit ...

Olaf Scholz ist neuer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundestag wählte den Sozialdemokraten am Mittwoch, 8. Dezember zum Nachfolger von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Auf ihn entfielen in geheimer Abstimmung 395 von 707 abgegebenen Stimmen. Es gab 303 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen, 3 Stimmen waren ungültig. Olaf Scholz erhielt anschließend im Schloss Bellevue von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Ernennungsurkunde. Danach legte er im Bundestag den Amtseid ab. Damit stellt nach 16 Jahren die SPD erstmals wieder den Kanzler.

Olaf Scholz ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik – nach Willy Brandt (1969–1974), Helmut Schmidt (1974–1982) und Gerhard Schröder (1998–2005).

Scholz sprach im Bundestag die im Grundgesetz festgelegte Eidesformel: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Der Kanzler verzichtete auf den Zusatz „So wahr mir Gott helfe“

Steinmeier: Weniger Starke bei Wandel mitnehmen

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier appellierte an die neue Fortschrittskoalition,



Foto: Florian Gaertner/photothek.de



Foto: Thomas Imol/photothek.de

on, bei ihrer geplanten Reformpolitik alle Menschen mitzunehmen. Veränderung treffe die Erwartungen und wecke die Hoffnungen der einen, sagte er bei der Ernennung der 16 Bundesministerinnen und -minister. Bei anderen aber schüre Veränderung auch Unsicherheit und Zweifel. „Die Mehrheit hat Ihnen ein Mandat für mutige Schritte des Wandels gegeben. Aber: Wer mutig vorangeht, wird Sorge dafür tragen, dass die weniger Starken Schritt halten können, dass die Menschen, für die Veränderung Verlust bedeutet, auch Neues gewinnen können.“

Steinmeier rief die neue Bundesregierung zu dem zu einem entschiedenen Vorgehen gegen die Corona-Pandemie auf. „Die Menschen hoffen darauf, dass Sie Führung zeigen und – gemeinsam mit den Ländern – die notwendigen Maßnahmen ergreifen.“ In der akuten Notlage komme es darauf an, „nicht auf die lautesten zu hören, sondern dafür zu sorgen, dass uns die Pandemie nicht ein weiteres Jahr fest im Griff hält und öffentliches Leben wieder selbstverständlich werden kann“.

Jetzt ist der Moment, um gemeinsam mehr Fortschritt zu wagen. Packen wir es an.

FORTSCHRITT MIT REGIERUNG UND PARTEI

SPD BUNDESPARTEITAG



Fotos: Florian Gaertner/photothek.de

Die SPD mit neuer Parteiführung – und einem Kanzler, der die 20er Jahre sozialdemokratisch prägen will. Es geht um Fortschritt. Am Ende eines ereignisreichen Jahres sind SPD und Regierung bereit für den Aufbruch.

Lars Klingbeil ist neuer SPD-Vorsitzender. An der Seite von Saskia Esken führt er ab sofort in einer Doppelspitze die Partei. Ihm folgt als Generalsekretär Kevin Kühnert. Neu als stellvertretender SPD-Vorsitzender ist Thomas Kutschaty gewählt worden, der im kommenden Jahr in NRW die CDU-geführte Landesregierung ablösen will.

„Es gibt nur eine SPD“

In seiner Bewerbungsrede vor der Wahl macht Klingbeil klar, dass er gemeinsam mit Esken den Anspruch habe, die SPD auch langfristig als bestimmende politische Kraft zu positionieren: „Ein Sieg bei der Bundestagswahl reicht mir nicht.“ Als entscheidenden Schlüssel für den Erfolg bei der Bundestagswahl sieht er den sozialdemokratischen Zusammenhalt. Die SPD sei vielfältig und unterschiedlich. Diese Vielfalt mache die Partei stark. „Aber wir sind eine SPD“, betont Klingbeil. „Es gibt nicht die SPD der Seeheimer oder die SPD der Parteilinken. Es gibt nicht die SPD der Netzwerker oder die der Jusos. Es gibt nicht die SPD des Ostens oder des Nordens, des Südens oder Westens. Es gibt nicht die Regierungs-SPD und schon gar nicht die Nicht-Regierungs-SPD. Es gibt nur eine SPD.“ Und ihr klarer Auftrag sei, das Beste für das Land und seine Menschen zu erreichen.

Das Land stärker und gerechter machen

Auch die im Amt bestätigte Parteivorsitzende Saskia Esken unterstrich die Aufgabe, alle beim anstehenden Wandel mitzunehmen. Es gehe jetzt um ein Jahrzehnt des Aufbruchs, des Fortschritts, „ein Jahrzehnt der Sozialdemokratie“. Der Wahlsieg der SPD sei „das vielleicht größte Comeback in der deut-

schen Parteiengeschichte“. „Wir werden dieses Land verändern, wir werden es stärken und wir werden es gerechter machen“, kündigte die Parteivorsitzende an.

Klare politische Analysen

„Einigkeit macht stark“, betonte der neue Generalsekretär Kevin Kühnert mit Blick auf das erfolgreiche Wahlergebnis. Auf der Höhe der Zeit sei die SPD, wenn sie offen und solidarisch inhaltliche Fragen kläre – wie etwa vor zwei Jahren beim Sozialstaatskonzept. „Was uns damals gelungen ist, daraus können wir lernen.“ Er will dafür sorgen, dass die Partei klare politische Analysen vornimmt, wo noch Fragen offen seien und diese zielorientiert klären und lösen. Als Themen, „an denen wir vertieft arbeiten müssen“ sieht er die Zuwanderung, den Fachkräftemangel, eine allgemeinwohlorientierte Baupolitik und die Bürgerversicherung.

„Fortschritt ist möglich“

Erstmals seit 16 Jahren sprach mit Olaf Scholz auf einem SPD-Parteitag auch wieder ein sozialdemokratischer Kanzler. Als Chef der neuen Fortschrittsregierung will er vor allem den Menschen die Gewissheit vermitteln, dass die großen Aufgaben – der Kampf gegen den Klimawandel etwa mit dem Umbau der Wirtschaft oder auch die Digitalisierung – lösbar sind. Und, dass der

Wandel für alle gut ausgehen könne. „Fortschritt ist möglich“, so Scholz. Und er will, dass Respekt vor jeder Lebensleistung und jeder Lebensvorstellung großgeschrieben wird. Sein Ziel ist, für die großen Aufgaben die Fortschrittsregierung auch nach dieser Legislaturperiode fortzusetzen: „Wir wollen die 20er Jahre prägen.“

SPD muss „den Diskurs anführen“

Auch im Beschluss des Leittrags nimmt sich die SPD vor, den notwendigen Wandel voranzutreiben und dabei die Gesellschaft zusammenzuhalten. Dabei beschreibt die Partei die großen Aufgaben für das laufende Jahrzehnt – und beansprucht für sich, die dafür wichtigen gesellschaftlichen Debatten voranzutreiben. „Unsere Aufgabe als SPD ist es, den Diskurs anzuführen, der Debatte eine Richtung zu geben und die politische Kraft zu sein, die dafür sorgt, dass die Transformation für alle gut ausgeht“, heißt es im Beschluss. Die SPD müsse also der „Debattenort“ sein für den gesellschaftlichen Dialog, Angebote dafür machen, die eigene Politik erklären – aber selbst daraus auch Inspiration und Ideen für neue sozialdemokratische Ansätze schöpfen

Walter-Borjans: „... ein runder Abschluss“

Zum Aufbruch gehört für die SPD auch der Abschied von Norbert Walter-Borjans, der nicht erneut zur Wahl des Parteivorsitzenden angetreten war. In seiner Rede erinnerte er an die Geschlossenheit, zu der die SPD in den vergangenen Jahren gefunden habe. „Diese SPD ist eine Einheit (...) – und sie arbeitet für die Einheit dieses Landes.“ Und es gehe darum, „Gegenwart und Zukunft zusammen zu denken“, alle mitzunehmen im anstehenden Wandel. Und mit Olaf Scholz führe ein Kanzler mit einem „klaren sozialdemokratischen Kompass“.

Fortschritt, Aufbruch und Einigkeit standen im Mittelpunkt des SPD-Parteitags. Und so sieht auch Walter-Borjans seinen Auftrag mit der geeinten Partei und dem Wahlerfolg als erfüllt an. „Dieser aussichtsreiche, tolle Anfang ist für mich ein runder Abschluss“, unterstrich der ehemalige Parteichef.



GABRIELA HEINRICH

ERNEUT ZUR STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER SPD-FRAKTION IM BUNDESTAG GEWÄHLT

Auch für uns in Nürnberg gibt es tolle Nachrichten aus Berlin: Unsere Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich wurde erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag gewählt. Damit fallen Außen-, Verteidigungs-, Ent-

wicklungs- und Menschenrechtspolitik in ihre Zuständigkeit.

Wir gratulieren Gabriela zur Wiederwahl und wünschen ihr alles Gute für ihre Aufgaben als stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Fotos: Florian Gaertner/photothek.de



Fotos: Florian Gaertner/photothek.de



von RÜDIGER LÖSTER,
AK GEGEN RECHTS DER SPD NÜRNBERG

An einem Freitagabend, Anfang Dezember: ca. 30 Coronaleugner*innen und Rechtsextremist*innen marschieren mit Fackeln und Trommeln vor dem Wohnhaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping auf. Am gleichen Wochenende demonstrieren Tausende in verschiedenen Städten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Sie rufen dazu auf, sich nicht impfen zu lassen, wieder gibt es massive Angriffe auf Journalist*innen.

In den Telegram-Chats der Querdenker*innen werden nicht nur Politiker*innen, sondern auch Lehrer*innen, Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen bedroht, es wird dazu aufgerufen, deren Privatadressen zu sammeln und sie an ihrem Wohnort zu besuchen. Ärzt*innen, die sich an der Impfkampagne beteiligen, werden mit dem SS-Arzt Mengele verglichen. In den Kommentaren will man die Ärzt*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen am „Galgen baumeln“ sehen und es wird mit Erschießen gedroht, den Impfzentren werden Anschläge angekündigt. Der Nordbayerische Kurier berichtet Anfang Dezember, dass in einer Bayreuther Chatgruppe zu Brandanschlägen auf Test- und Impfzent-

ren aufgerufen wurde. Laut einem Bericht der Tagesschau vom 25. September 2021 gab es seit Beginn der Impfungen gegen das Coronavirus in nahezu allen Bundesländern Angriffe gegen Impfzentren oder Störungen von Impfkampagnen, besonders viele in Bayern und Sachsen: Drohungen, Beleidigungen, körperliche Angriffe und in Sachsen eine Brandstiftung. Aufgeheizt durch Hetze und Lügen auf Telegram, Youtube und Facebook terrorisiert diese selbstherrliche und verantwortungslose Meute ihre Mitmenschen im Alltag. Sei es durch verbale Gewalt beim Verweigern und Brechen der Corona-Regeln oder „echte“, physische Gewalt. Und wie der Mord eines Coronaleugnens an einem Tankstellenmitarbeiter zeigte: Es besteht die reale Gefahr, dass dies umgesetzt wird. Fühlen sie sich doch als „Freiheitskämpfer*innen gegen eine Diktatur“, wie beispielsweise eine „Jana aus Kassel“, die auf einer Querdenker-Kundgebung meinte, sie sei wie Sophie Scholl, sie verteile Flugblätter und spreche auf Kundgebungen, sie sei „im Widerstand“. „Im Widerstand“ gegen eine angebliche Diktatur Hand in Hand mit Nazis ...

Radikale Impfgegner*innen, Corona-Leugner*innen und Verschwörungsgläubige werden mit ihren Wahnvorstellungen zu einer immer größeren Sicherheitsgefahr in

Deutschland. Aber bisher hat man diese Menschen – auch in Nürnberg - unbehelligt demonstrieren lassen, trotz ihrer Verstöße gegen die Auflagen. Auch ihre faschistoide Hetze und die Mordaufrufe im Netz werden anscheinend hingenommen, geltendes Recht wurde bisher kaum durchgesetzt. Und so feiern sie ihren Egoismus weiterhin als „Kampf für die Freiheit“.

Esoteriker*innen, Homöopath*innen, Verschwörungsideolog*innen und Nazis Hand in Hand

Seit dem Frühjahr 2020 versammeln sie sich regelmäßig auf den Straßen Nürnbergs. Und mit Nazis will man eigentlich nichts zu tun haben – so die Organisator*innen. Die Realität sieht anders aus, von Anfang an waren Neonazis, waren Aktivist*innen der rassistischen PEGIDA-Bewegung, Holocaustleugner*innen und AfD-Funktionär*innen dabei. Dass die NPD inzwischen mit eigenem Transparent mitmarschiert, scheint kein Problem zu sein. Für den angeblich nötigen Freiheitskampf gegen die „Eliten“ findet man sich gern mit Rechtsextremist*innen zusammen:

Als dieser Artikel geschrieben wird, ruft gerade die bayerische AfD zu einer landesweiten Demonstration in Nürnberg am 19. Dezem-

ber auf. Die gesamte regionale Querdenkerzene mobilisiert dafür. Sie mobilisieren für die Demonstration einer Partei, die offen zum gewalttätigen Umsturz aufruft. So wurden erst vor kurzem die Chat-Protokolle einer AfD-Telegram-Gruppe bekannt, in der fast alle bayerischen Mandatsträger*innen und Landesvorstandsmitglieder fleißig mitdiskutieren. Da schreibt eine AfD-Landtagsabgeordnete: „Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden.“ Ein oberbayerischer Kreisvorsitzender schreibt: „Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.“ Er beklagt die „regierenden Verbrecher“ und stellt fest: „Wahlen helfen ohnehin nicht mehr.“ Georg Hock, Mitglied des Landesvorstandes der AfD in Bayern, reagiert darauf mit den Worten „absolute Zustimmung“. Und weiter meint er: „Wir brauchen die totale Revolution. Anzünden müsste man diese ganze Politik.“ Zu den Admins der Gruppe zählt Stephan Protschka, Bundestagsabgeordneter, Mitglied im AfD-Bundesvorstand und seit Oktober neuer Landesvorsitzender in Bayern. Mit solchen faschistoiden Funktionären demonstrieren die Querdenker*innen, reden aber gleichzeitig etwas von „Frieden und Freiheit“ ...

Esoterik und rechte Ideologie – passt das zusammen?

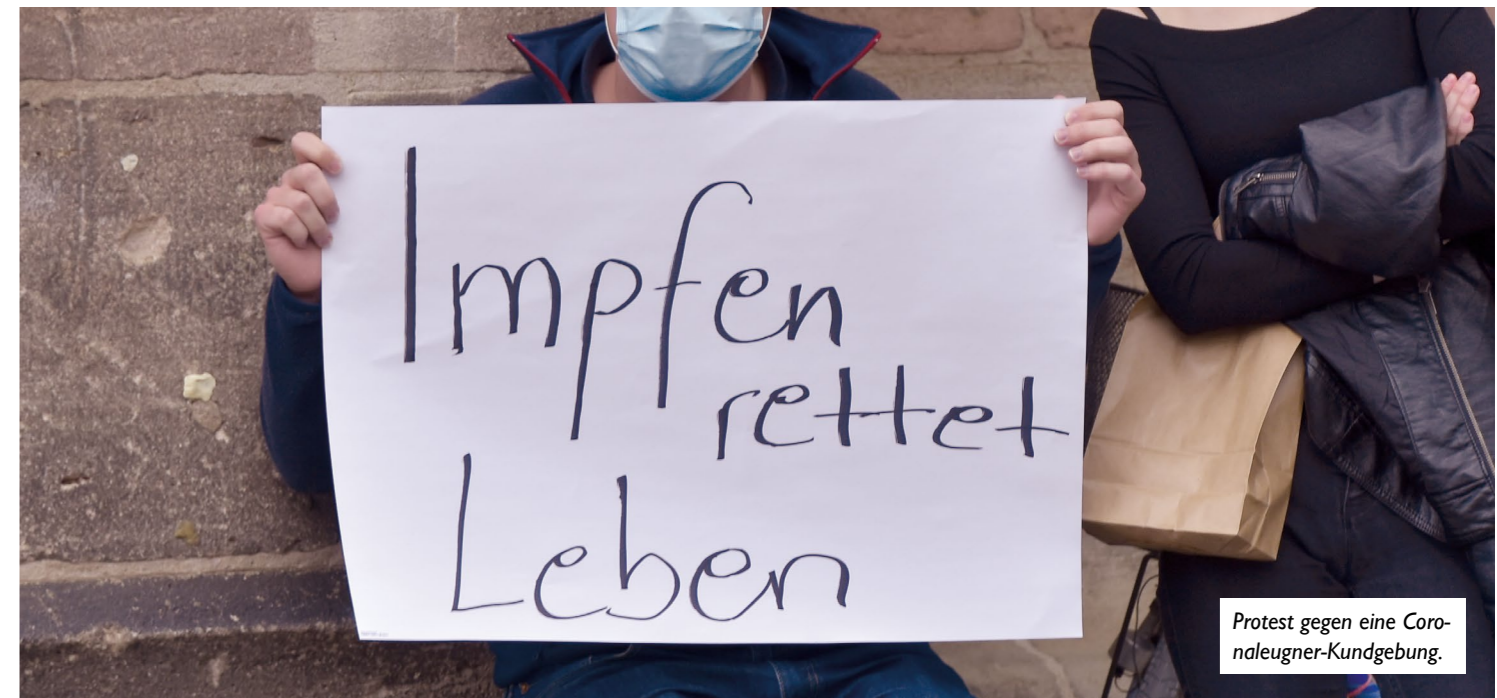
Die Verschwörungstheorien zum Impfstoff meinen, dass der Corona-Impfstoff gesundheitsschädlich sei, diese Aussagen kommen häufig aus der Esoterik-Szene, die auch bei den Demonstrationen stark vertreten ist. Die Politikwissenschaftlerin Katharina Nocun stellt dazu in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk fest, dass es starke Überschneidun-

gen zwischen einem esoterischen Weltbild und einem verschwörungsideologischen Weltbild gebe. Beide teilen die Welt in Gut und Böse und sehen sich als erleuchtete Gruppe, die hinter die Kulissen blicken könne. Und weiter: „Wenn man sich mit diesem Milieu beschäftigt, stellt man fest: Es gab schon immer Querverbindungen. Es gab esoterische Gruppen, die Verschwörungserzählungen verbreitet haben, die auch rechtes Gedankengut verbreitet haben. Im Bereich Esoterik gibt es immer wieder Gruppierungen, die sich selbst nicht als Rechtsextreme sehen, die aber mehr oder weniger die Geschichten von der angeblichen jüdischen Weltverschwörung erzählen, die angeblich hinter allem steckt. Hier muss man sagen, da befindet man sich ganz klar im rechtsextremen Milieu.“ Antisemitische Deutungen und Relativierungen der Shoa sind nicht mehr nur online zu finden, also zum Beispiel in Chatgruppen und in Sozialen Medien, sondern auch auf fast jeder „Corona-Rebellen-Demonstration“ im gesamten Bundesgebiet. Auch in Nürnberg war der gelbe Stern mit der Aufschrift „ungeimpft“ auf den Demonstrationen schon zu sehen, in Reden wurde von einer Verschwörung von „Rockefeller und Co.“ gesprochen.

Eine „impfkritische“ Erzählung behauptet zum Beispiel, dass Bill Gates die Coronaimpfstoffe nutzen will, um die Weltherrschaft zu erlangen, und deshalb die Covid-19-Pandemie „erfunden“ habe. Je nach Erzählung sollen die Menschen „gechipt“ oder mit der Impfung unfruchtbar gemacht oder sogar umgebracht werden, in einigen Chatgruppen wurde die Booster-Impfung als ultimative Todespritze bezeichnet. Dies ist gefährlich: Derartige Erzählungen erzeugen Hass auf diejenigen, die für die „Elite“ oder ihre „Erfüllungsgehilfen“ gehalten werden. Ver-

schwörungsideolog*innen entwerfen so ein apokalyptisches Szenario, einen Kampf zwischen Gut und Böse, „Aufgewachten“ und Verschwörer*innen. Dadurch wird letztlich Gewalt legitimiert. Solche Erzählungen sind stark antisemitisch eingefärbt, auch wenn sie nicht ausdrücklich jüdische Menschen als Verschwörer*innen benennen. Also ausreichend Anknüpfungspunkte, um diese Szene für Neonazis, für Faschist*innen attraktiv zu machen. Und die bei den Demonstrationen mitlaufende Esoterik-Szene hat damit kein Problem, in ihren Augen gehe es nicht mehr um „Links gegen Rechts“, „Demokraten gegen Rechts“, sondern es sei ja ein „Widerstandskampf gegen die Eliten“, bei dem jede*r willkommen sei.

Für den Rechtsstaat kann das nur Eins bedeuten: Er muss endlich klare Kante zeigen. Regelverstöße müssen geahndet und Grenzen müssen aufgezeigt werden – auch in den sozialen Medien. Denn wenn der Staat sich machtlos zeigt gegen die Feind*innen der Demokratie, werden diese noch gefährlicher. Und die Zivilgesellschaft ist gefordert: wir müssen Verschwörungsideologien entgegentreten, dürfen ihnen nicht die Straße überlassen. Es gibt sicher Einiges an der Pandemiebekämpfung zu kritisieren: bundesweit uneinheitliche Maßnahmen, nicht funktionierende Impfkampagne durch zu schnelle Schließung der Impfzentren im Sommer, oft zu spätes Reagieren, wenn die Inzidenzzahlen nach oben gehen, zu frühe Lockerungen, wenn die Zahlen mal runter gehen, das Beharren auf den Patenten für die Impfstoffe usw. usw. Aber keiner dieser Kritikpunkte ist ein Grund dafür, bei Verschwörungsideolog*innen, Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und Neonazis mitzulaufen und ihnen auf den Leim zu gehen.



MINDESTTON SUCHT DICH!

SING MIT IM NEUEN
PARTEICHOR DER
SPD NÜRNBERG!

von DR. CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Freude am Singen und gesellschaftskritisches Engagement – geht das zusammen? Der neu gegründete SPD-Chor MindestTon zeigt, dass es geht; er will sich singend einmischen, sich einsetzen für Frieden und für eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft. Und er möchte Menschen zusammenbringen, Lebensfreude vermitteln und Lust machen, sich aktiv in unserer Partei einzubringen.

Runter von der Couch!

Du singst gerne, hast vielleicht schon einmal in einem Chor gesungen und denkst darüber nach, wieder einzusteigen? Du möchtest traditionelle Arbeiterlieder kennenlernen, aber auch aktuelle (politische) Songs, einen Pop-song oder mal ein Volkslied trällern? Du hast Lust darauf, mit dem SPD-Chor im nächsten Jahr aufzutreten? Und du bist bereit, regelmäßig an den Chorproben teilzunehmen? Dann ist unser Chor **MindestTon** perfekt für dich.

Die Weichen sind gestellt.

Als Teil der politischen Kultur- und Bildungsarbeit unserer Partei fördert der Vorstand der SPD Nürnberg den Chor und hat ihm den offiziellen Status als Arbeitskreis zuerkannt. Der Chor soll im Karl-Bröger-Zentrum, dem Haus unserer Partei, eine dauerhafte Bleibe finden und dort proben. Außerdem freuen wir uns sehr, dass uns die Karl-Bröger-Gesellschaft mit ihrem Vorsitzenden Michael Ziegler überaus großzügig unterstützt. Vielen Dank allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir auf dieser soliden Basis unseren Weg gehen können.

Nach einem tollen Workshop im Juli, an dem mehr als 20 Sänger*innen teilgenommen und begeistert mitgesungen haben, sind wir nun im September in die reguläre Probenarbeit gestartet. Ein erster noch überschaubarer Kreis von jungen und „lebensfahrenden“ Sänger*innen hat sich zusammengefunden. Auch Nicht-Mitglieder, die uns politisch nahe stehen, sind willkommen und singen mit.

Dabei singen wir nicht nur, sondern gestalten gemeinsam die Zukunft des Chores, haben uns schon einen, wie wir finden, witzigen und aussagekräftigen Namen gegeben, diskutieren über die Auftrittskleidung und unsere Präsenz in den Sozialen Medien, besprechen das Liedgut und vieles mehr: Bei uns bietet sich also die Chance, die man sonst so nicht hat, wenn man einem bereits etablierten Chor beiträgt, den Chor von Anfang aktiv mitzugestalten und eigene Ideen einzubringen.

Wir bauen Stück für Stück ein Repertoire auf, das die Tradition der Arbeiterlieder und demokratischen Volkslieder verbindet mit modernen und internationalen Songs, frechen Rhythmen und coolen Grooves – Musik und Chorgesang als Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse früher und heute. Wenig bekannt ist übrigens, dass das „Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung“ 2014 von der UNESCO zum immateriellen Kulturgut erklärt wurden, u.a. mit der Begründung, dass Arbeiterlieder als gelebte Volkskultur von großer Bedeutung für den Zusammenhalt der Völker und das Streben nach Frieden sind.



Chorprobe im Karl-Bröger-Zentrum unter den gestrengen Augen von Willy Brandt.



Karoline Wlochowicz, die Chorleiterin von MindestTon.



MindestTon - die Idee von Chorsänger Klaus Schrage.

Wir freuen uns auf dich!

Damit das Ganze richtig gut wird, haben wir einen echten Profi am Start: Karoline Wlochowicz, unsere junge Chorleiterin, stammt aus Nürnberg, ist vergangenes Jahr nach dem Studium des klassischen Gesangs in Münster und Bremen in ihre Heimatstadt und nach Zabo zurückgekehrt und arbeitet jetzt freiberuflich als Sängerin (Sopran) und Musikpädagogin.

Karoline hat bereits zahlreiche Chöre und Chorprojekte geleitet und uns schon erstaunlich gute Klänge entlockt. Die Proben mit ihr verlangen Konzentration und Einsatz, machen aber einen Riesenspaß, und das Ergebnis lässt sich jetzt schon hören. Zudem gibt es bereits Anfragen für Auftritte im kommenden Jahr ...

Der Chor trifft sich jeden Freitag im Karl-Bröger-Zentrum im Riepekohl-Saal, und zwar von 17:30 Uhr bis 19:30 Uhr. Bitte melde dich an, wenn du zur Probe kommen willst. Du kannst unverbindlich ein paar Mal schnuppern und dich dann entscheiden, ob der Chor für dich in Frage kommt.

Wie sagt man schließlich so schön: „Wo man singt, da lass dich ruhig nieder...!“ In diesem Sinn: Wir freuen uns auf dich!

Weitere Infos und Anmeldung bei Claudia Kupfer-Schreiner kupferschreiner@mnet-online.de oder auch unter 0911/47 68 31 oder 0171/8229556

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Das neue Jahr startet mit einer neuen Regierung. Endlich! Mit Olaf Scholz als Bundeskanzler. Auch der Koalitionsvertrag für die neue „Ampel“-Regierung kann sich sehen lassen. Er atmet den Geist unseres Wahlkampfzettels: Sozial. Digital. Klimaneutral.

Eine Ampel-Koalition oder ein Bündnis mit der FDP waren zugegebenermaßen nicht schon immer unser größter Traum. Der Koalitionsvertrag zeigt jedoch, dass wir in vielen Punkten gute Kompromisse finden konnten. In einigen Bereichen brauchte es diese nicht mal, da wir in der **Gesellschaftspolitik**, bei **Bildung**, **Aufstiegchancen** und **Investitionen** häufig übereinstimmen. Bei vielen Themen ist es eine richtige Befreiung, dass CDU und CSU uns nicht mehr bremsen und blockieren können. Wichtig ist auch, dass wir eine Koalition mit einem neuen Stil bilden wollen. Eine faire Partnerschaft mit dem klaren Ziel: Eine gute Zukunft für das ganze Land.

Die bereits in dem Sondierungspapier festgehaltenen Vereinbarungen finden sich natürlich auch im Koalitionsvertrag wieder. Dazu gehören die wesentlichen SPD-Wahlversprechen: Die **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro**, die eine Lohnerhöhung für bundesweit rund zehn Millionen Menschen darstellt. Die **Sicherung des Rentenniveaus** zugunsten einer auch in Zukunft verlässlichen gesetzlichen Rente. Bessere Leistungen für Familien mit der **Kindergrundsicherung**.

Und auch das **neue Bürgergeld**, mit dem wir Hartz IV endgültig hinter uns lassen: Wie von uns vorgeschlagen, werden sich Arbeitslose in den ersten zwei Jahren des Bezugs damit keine Sorgen mehr machen müssen, ob die Wohnung zu groß ist oder ob sie mühsam Ersparnis erst aufbrauchen müssen. Verbunden ist damit ein leichter Zugang zu Aus- und Weiterbildung zugunsten nachhaltiger Beschäftigungschancen – statt möglichst schnelle Vermittlung in irgendeinen Job. Dazu gehört ein Weiterbildungsgeld von 150 Euro für die Teilnehmenden. Mehr Partnerschaft, Anreize und Nachhaltigkeit, weniger Sanktionen.

In der **Pflege** ist uns erst einmal eine Weichenstellung gelungen: Bis 2023 soll ein Vorschlag für eine freiwillige, paritätisch finanzierte Vollversicherung vorgelegt werden, die alle Pflegekosten vollständig absichert. Pflegebedürftige wollen wir schon vorher bei den Heimkosten entlasten. Zugunsten pflegender Angehöriger steigt das Pflegegeld künftig regelmäßig, und sie bekommen mehr Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege sol-



SOZIAL, DIGITAL UND KLIMANEUTRAL INS NEUE JAHR

len weiter verbessert werden. Ein Symbol dafür ist die Milliarde, die für einen weiteren Bonus zur Verfügung steht.

Wie bereits im Sondierungspapier festgelegt, setzen wir die SPD-Forderung nach **400.000 neuen Wohnungen** im Jahr um, davon 100.000 öffentlich gefördert. Darüber hinaus konnten wir in den Koalitionsverhandlungen nicht nur den Erhalt der **Mietpreiskontrolle**, sondern auch deren weitere Verschärfung durchsetzen. Wichtig ist auch die Einigung darauf, die Mittel für das stark nachgefragte Zuschussprogramm **„Altersgerecht Umbauen“** aufzustocken und mit einem neuen Förderprogramm denjenigen zu helfen, denen das Eigenkapital für den Traum vom Wohneigentum fehlt. Und: Ein **„Bundesprogramm Barrierefreiheit“** soll helfen, das Lebensumfeld barrierefrei zu machen.

In der Klimapolitik haben wir eine ambitionierte, aber auch **soziale Klimapolitik** vereinbart. Wir setzen auf bezahlbare, klimafreundliche Alternativen und Zukunftsinvestitionen. Dazu werden wir den **Ausbau der erneuerbaren Energien** weiter beschleunigen und damit die Grundlage für ein klimaneutrales Land schaffen. Je schneller uns das gelingt, desto eher können wir den von der SPD in der Großen Koalition bereits gestarteten Kohleausstieg vollenden. Das ebenfalls von uns bereits durchgesetzte **Klimaschutzgesetz** bleibt er-

halten und auf die bisherigen Investitionen – zum Beispiel Zuschüsse für CO2-Gebäudesanierung, Ladepunkte für Elektromobilität, Austausch von Ölheizungen, mehr Geld für den ÖPNV und die Bahn – werden wir mit einem weiteren **Klimaschutz-Sofortprogramm** nochmals kräftig draufsatteln. Wie von uns vorgeschlagen, wird die **EEG-Umlage** wegfallen und wir werden damit für bezahlbare Strompreise sorgen.

Bereits im Sondierungspapier hatten wir uns darauf geeinigt, weiter mit Bundesmitteln in neue **Kitas, Ganztagschulen und dauerhaft in die Digitalisierung der Schulen und Berufsschulen** mit dem „DigitalpaktSchule“ zu investieren. Mit einem Bundesprogramm „Digitale Hochschule“ und einem Förderprogramm für Volkshochschulen werden wir darüber noch hinausgehen. Dazu gehört ein neues **Investitionsprogramm für 4.000 moderne, klimagerechte, barrierefreie Schulen** – speziell für Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Den von uns bereits in der Großen Koalition gestarteten Investitionskurs für ein modernes Land mit vielen Chancen – zuletzt 50 Milliarden Euro im Jahr – wollen wir auch zugunsten von Bildung, Forschung und Digitalisierung fortsetzen und ausbauen!

Ich wünsche Euch ein gutes und gesundes neues Jahr!



DIE AMPEL STEHT – EIN ECHTER AUFBRUCH FÜR UNSER LAND

Fotograf: Lennart Preiss

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

von nun an haben wir eine neue Bundesregierung und einen neuen Bundeskanzler Olaf Scholz. Unter der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ haben sich SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP nun auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag geeinigt, der die Grundlage für das gemeinsame Regieren in den nächsten Jahren stellt. Es handelt sich dabei um einen guten und zukunftsfähigen Kompromiss zwischen drei Parteien, die den Aufbruch wollen und gemeinsam nachhaltig und sozial gerecht unser Land modernisieren werden.

Als jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion möchte ich kurz auf den Bereich „Kinder und Jugend“ eingehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie gelitten und tun es noch weiterhin. Sie waren sehr solidarisch, haben beispielsweise Einkäufe etc. für ältere Menschen übernommen und geholfen, wo sie nur konnten. Deshalb freue ich mich sehr, dass der Koalitionsvertrag dies auch würdigt.

Kinder und Jugendliche brauchen endlich mehr Mitbestimmung und Aufmerksamkeit. Deshalb hat die „Ampel“ die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen im Koalitionsvertrag festgelegt. Das ist ein echter Meilenstein, der in Bayern längst

überfällig wäre und den wir als SPD-Landtagsfraktion schon seit Jahren fordern!

Außer mehr politischer Mitbestimmung gibt es auch noch weitere Punkte, mit denen die neue Bundesregierung unseren Jugendlichen unter die Arme greifen will, beispielsweise im Bereich der beruflichen Bildung. Im Koalitionsvertrag wurde eine Ausbildungsgarantie vereinbart, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierten Berufsausbildung ermöglicht. Eine schulische Ausbildung in Vollzeit soll vergütet werden und frei von Schulgeld sein. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht eines nämlich fest: Bildung darf nichts kosten – außer etwas Anstrengung!

Wichtig ist aber nicht nur die schulische und berufliche, sondern auch außerschulische Bildung. Deshalb ist die Stärkung der Jugendarbeit ein guter Punkt, um Jugendliche zu unterstützen. Jugendarbeit kommt im Koalitionsvertrag nicht zu kurz: Das Regierungsbündnis will die europäische und internationale Jugendarbeit, vor allem für Auszubildende, konkret stärken. Die Ampel-Parteien sorgen dafür, dass die Plätze in den Freiwilligendiensten ausgebaut werden, um mehr jungen Menschen passende Angebote machen zu können. Außerdem wird die Bezahlung erhöht und Teilzeitmöglichkeiten werden angehoben.

Neben den Jugendlichen sollen auch unsere Kleinsten mehr Aufmerksamkeit, Würdigung und Rechte bekommen. Deshalb vereinbart

der Koalitionsvertrag, dass Kinderrechte in Zukunft ausdrücklich im Grundgesetz verankert werden. Außerdem will die neue Bundesregierung Kinderarmut in Deutschland endgültig bekämpfen. Das geht sie mit einer Kindergrundsicherung an, die bessere Chancen für Kinder und auch Jugendliche schafft. Diese Grundsicherung wird aus zwei Komponenten bestehen: zum einen aus einem einkommensunabhängigen Garantiebeitrag, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist. Zum anderen aus einem gestaffelten Zusatzbetrag, der vom Elterneinkommen abhängig ist.

Diese Zahlungen sollen ohne bürokratische Hürden direkt bei den Kindern ankommen und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und sicherstellen. Bis zur tatsächlichen Einführung dieser Grundsicherung wird die Koalition Kinder, die von Armut betroffen sind, mit einem Sofortzuschlag absichern. Auch Alleinerziehende werden mit einer Steuergutschrift entlastet.

Die genannten Punkte sind nur einige Auszüge aus dem neuen Koalitionsvertrag. Dabei wird aber klar erkennbar, was mit einer SPDgeführten Bundesregierung alles möglich ist. Bei allen bestehenden inhaltlichen Unterschieden zwischen den drei Regierungsparteien haben wir jetzt die historische Chance auf ein fortschrittliches, solidarisches, nachhaltiges und sozial gerechtes Bündnis in Deutschland. Auch in Bayern besteht bei der nächsten Landtagswahl die reale Chance einer Fortschrittskoalition. Dafür werden wir gemeinsam mit aller Kraft arbeiten!

von STEFAN SCHUSTER, MdB

Erschreckend spät hat die Staatsregierung ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 im Bayerischen Landtag eingebracht. Erst Mitte Dezember 2021 fand die erste Lesung, also die Einbringung des Haushaltplans, statt. Erst im April 2022 ist mit der zweiten Lesung und der Verabschiedung des Plans zu rechnen. Gleichwohl setzt sich die SPD-Landtagsfraktion intensiv mit der Haushaltsgestaltung auseinander, um auch im Jahr 2022 die richtigen Akzente für eine soziale Politik in Bayern zu setzen. Denn wie so oft kann nur der erste Eindruck des Haushaltsplans überzeugen. Wer genauer hinsieht, der stellt fest, dass die Staatsregierung auch dieses Jahr an vielen Stellen mangelhafte Planungen vorlegt.

Aber zunächst zum Entwurf der Staatsregierung:

Insgesamt sind für das Jahr 2022 Ausgaben in Höhe von knapp 71 Milliarden Euro geplant. Dadurch sollen unter anderem 2.800 neue Stellen beim Freistaat Bayern finanziert werden. Hervorzuheben sind dabei 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei, 100 Stellen für die neue TU Nürnberg und 425 neue Stellen im öffentlichen Gesundheitsdienst. Das meiste Geld, rund 24,7 Mrd. €, will die Staatsregierung für die Erfüllung der Bildungsaufgaben zu Verfügung stellen. Für innere Sicherheit und Rechtsschutz sind 7,5 Mrd. € eingeplant. Für Gesundheit soll es 5,6 Mrd. €, für den kommunalen Finanzausgleich 10,56 Mrd. € und für Investitionen 11,3 Mrd. € geben.

Programmatisch setzt die Staatsregierung unter anderem auf ein Corona-Investitionsprogramm und eine Klimamilliarde. Weiterhin schmückt sie sich mit Vorhaben wie der „Hightech Agenda Bayern“ oder „Bayern Cloud Schule“. Mit 5,78 Mrd. € sollen Hochschulen zum Beispiel an Quantentechnologie, Künstlicher Intelligenz und Raumfahrt forschen. 770 Millionen Euro sind für das Bayerische Familiengeld vorgesehen. Der ÖPNV in Bayern soll 55 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen erhalten, 80 Millionen gibt es für das 365-Euro-Jugenticket.

Das sind nur einige Aspekte des Haushaltsplans der Staatsregierung. Interessierte können den gesamten Plan im Internet auf der Seite des Bayerischen Finanzministeriums studieren.

Was ist nun aber wirklich im Haushalt der Staatsregierung drin?

Wie bereits angedeutet genügt der Entwurf den Herausforderungen unserer Zeit nicht. Vorneweg aber etwas Positives: Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt sehr, dass die Staatsregierung auch für 2022 die erforder-



NEUES JAHR – NEUER HAUSHALT

lichen Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf dem Kreditmarkt beschafft. Konkret sollen rund 5,9 Mrd. € neue Schulden aufgenommen werden.

Außerdem geht die Staatsregierung mittlerweile deutlich transparenter mit den Mitteln aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie um. Zu Beginn der Krise hat die Regierung den Fonds eher als Freibrief zur Verteilung staatlicher Mittel angesehen. Jetzt werden die Ausgaben klar ausdifferenziert, dem Landtag wird regelmäßig über die Nutzung des Fonds berichtet und Änderungen der Planung werden nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses durchgeführt.

Diese Entwicklungen sind sehr erfreulich und müssen auch 2022 fortgesetzt werden. Denn die Haushaltsplanung ist eines der Kernrechte des Landtags. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich immer klar dafür ein, dass dieses Kernrecht durch den Landtag auch in voller Ausprägung wahrgenommen wird.

Jetzt aber zur Kritik:

In der Corona-Pandemie wird unser bereits überlastetes Gesundheitssystem in einem unfassbar hohen Maße ununterbrochen gefordert. Die nötige finanzielle Unterstützung der Staatsregierung, um die Herausforderungen meistern zu können, lässt jedoch zu wünschen übrig. Zwar kann sich das öffentliche Gesundheitswesen über 425 neue Stellen freuen, kommunale Krankenhäuser müssen aber mit den gleichen Mitteln wie 2021 zurechtkommen. Das ist zu wenig und angesichts der großartigen Leistungen der Häuser eine Enttäuschung.

Mit der Bewältigung der Corona-Pandemie ist der Klimaschutz das größte und wichtigste Thema unserer Zeit. Die Staatsregierung hat eine Klimamilliarde in ihren Haushaltsentwurf aufgenommen. Das klingt gut, denn die Staatsregierung hat in den letzten 11 Jahren insgesamt nicht mal 2 Milliarden Euro für den Klimaschutz ausgegeben. Wenn man sich die Zusammensetzung der Klimamilliarde aber genauer ansieht, zeigt sich, dass hiermit noch kein wirklicher Klimaschutz umgesetzt wird.

Die Staatsregierung hat alle möglichen Maßnahmen zusammengeworfen, bis die Milliarde erreicht wurde. Jetzt stehen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die den größten Anteil ausmachen, neben Klimaschutz, Naturschutz- und Klima-Anpassungs-Maßnahmen zusammen unter einer Überschrift. Ein wirkungsvoller Plan oder gar ein zukunftsfähiges Konzept für Klimaschutz in Bayern ist aber nicht vorzufinden. Wie beim Bayerischen Klimaschutzgesetz handelt es sich hier wieder um einen Etikettenschwindel.

Für Erneuerbare Energien gibt es nur schlappe 27 Mio. mehr. Ein Betrag, mit dem die Energiewende in weite Ferne rückt. Für den ÖPNV werden die Mittel teils sogar gekürzt. So werden für Investitionen nur 79 statt 111 Mio. Euro eingestellt, für Bahnstationen 10 statt 15 Mio. Euro.

Noch dazu spart die Staatsregierung im Bereich der Bildungspolitik. Nur 2 Prozent mehr Geld soll es geben. Da kann nicht von einem Investitionsfeuerwerk gesprochen werden. Besonders bei der Lehrerfortbildung wird gespart. Nicht mal 4 Euro pro Lehrkraft sollen für die Aus- und Fortbildung im Bereich Digitale Schule reichen. Das ist absurd und realitätsfern.

Auch Handwerk und Berufsausbildung werden mit nur 3 Mio. € unterproportional versorgt. Der Fachkräftemangel kann so nicht bekämpft werden.

Zuletzt wird auch noch die Wohnraumförderung gekürzt. 21 % weniger Geld soll es hier im Vergleich zum Vorjahr geben. Die geplante Förderung des Wohnungsbaus durch die Bundesregierung wird so in Bayern gebremst.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion kann dem Haushalt in der jetzigen Form nicht zugestimmt werden. In den nächsten Monaten werden die Änderungsanträge zum Haushalt geschrieben. Die SPD-Landtagsfraktion wird hier ihr Initiativrecht voll ausschöpfen, um den Haushalt für 2022 doch noch entsprechend unseren Leitlinien „Sozial. Klima. Digital.“ auszugestalten.



DIE INSEL DER GLÜCKSELIGKEIT

Nach vier Jahren Juso-Vorsitz in Nürnberg ist es für mich an der Zeit den Hut zu nehmen und neuen Ideen und Köpfen den Weg frei zu machen. Im Gegensatz zu anderen AGs und Ebenen wählen die Jusos Nürnberg ihren Vorstand und ihre Delegationen jährlich; irgendwie selbsterklärend, da sich der Lebensmittelpunkt gerade von jungen Menschen von heute auf morgen durch Ausbildung/ Studium/Arbeit rasch verändern kann. Das bedeutet aber auch, dass man eine relativ hohe Fluktuation an Jusos hat. Die Jusos Nürnberg, wie sie mal vor der Pandemie war, existiert schon in dieser Form nicht mehr. Es sind sehr viele neue dazugekommen.

Die, die schon aktiv waren, als ich vor 7 Jahren eingetreten bin, kann ich an einer Hand abzählen. Ich bin mittlerweile ein Juso-Opa, der die letzten zwei Jahre seiner Juso-Mitgliedschaft (man ist bis 35 Jahre Juso) als Basismitglied genießen möchte. Es wird auch keine Zeitungskolumne geben, in der ich die Jusos Nürnberg kritisieren werde. Ein Wechsel an der Spitze und in den Gremien - ein frischer Wind - ist nie etwas Schlechtes, vor allem nicht für uns Jusos.

Hätte ich gedacht, dass ich lange Vorsitzender der Jusos Nürnberg sein werde? Nein, überhaupt nicht. Ursprünglich wollte ich nicht einmal zu den Jusos: „Ich bin ja der SPD beigetreten, was will ich bei der Jugendorganisation?“

Dabei war der Gang zu den Jusos Nürnberg die beste Entscheidung meines bisherigen Genossendaseins. Nicht nur, dass die Jusos einen Safe-space für junge Menschen darstellt, um Frust abzulassen, sie ermöglicht das Erlernen und das Erproben von wichtigem Partei-Handwerkszeug. Die meisten Ju-

sos fangen mit wenig Handwerkszeug an. Eines unserer zentralsten Aufgaben ist es, dieses wichtige Handwerkszeug an unsere Leute zu vermitteln. Geht man durch die „Jusoschule“, so bemerkt außerhalb der Jusos, wie gut organisiert wir im Vergleich zu anderen sind. Unsere Sitzungsführung, unsere JHVen sind im Vergleich zu anderen schon fast diktatorisch, aber für uns die Norm, an der wir andere messen.

Ich habe durch die vergangenen Jahre sehr viel über mich und den Umgang mit Menschen gelernt. Es gab Höhen und Tiefen, aber egal, wie tief diese Tiefs auch waren, ich wusste – und das ist das Schöne am Vorsitzendendasein bei den Jusos Nürnberg – sie stehen hinter mir und geben mir die nötige Kraft politische Auseinandersetzungen durchzustehen!

Ich möchte mich bei allen aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern für die konstruktive und vor allem freundschaftliche Zusammenarbeit bedanken! Danke!

Danke auch an die Jusostadträt*innen Yase und Nasser (der selbst mal Vorsitzender der Jusos Nürnberg war und mir auch diesbezüglich den ein oder anderen Tipp gegeben hat)! Ihr hattet immer ein offenes Ohr für unsere und meine Belange und wart immer da, wenn wir euch gebraucht haben!

An alle Jusos in Nürnberg, die ich in den letzten sieben Jahren, insbesondere in den letzten vier Jahren als Vorsitzender kennenlernen durfte: bleibt weiterhin so engagiert, lasst euch nicht unterkriegen! Seid auch in der Zukunft weiterhin das solidarische Korrektiv innerhalb der SPD! Es war mir wirklich eine Ehre euer Vorsitzender sein zu dürfen.

Ein ganz fettes Dankeschön an alle!

Was ist jetzt eigentlich die Insel der Glückseligkeit? Für mich all die ganzen Jahre die Jusos Nürnberg.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



VORSTANDSWAHLEN IM ORTSVEREIN JOHANNIS

BENJAMIN SCHROTH, BETTINA ZAUHAR, THOMAS KÖPPEL UND ARNE ENGELHARDT SIND NEU DABEI



Auf der Jahreshauptversammlung wurde der neue Vorstand des OV Johannis gewählt. Um in Zukunft etwas entlastet zu werden, hatte

der im Amt bestätigte Vorsitzende Thomas Hartmann um eine Erweiterung des Vorstandes gebeten. Mit Benjamin Schroth hat der OV Johannis nun einen stellvertretenden Vorsitzenden. Zusätzlich wurde Bettina Zauhar als Beisitzerin gewählt, Thomas Köppel als Beisitzer. Als Kassier wurden Christian Brandenstein und als Schriftführer Jürgen Rahn im Amt bestätigt. Die Revision wird wieder von Detlef Classe wahrgenommen, unterstützt durch seinen neu gewählten Stellvertreter, Arne Engelhardt.

Benjamin Schroth ist 33 Jahre alt und hat, nach seiner Ausbildung zum Erzieher, Soziale Arbeit (Bachelor und Master) studiert und promoviert seit 2018 berufsbegleitend. Er ist

erst seit Anfang 2021 SPD-Mitglied und hat, wie jedes Neumitglied beim Parteieintritt, einen Fragebogen bekommen. Dort hatte er vermerkt, dass er sich vorstellen könne, sich aktiv mit einer Funktion in die Parteiarbeit einzubringen. So wurde er schon beim Bundestagswahlkampf voll mit eingebunden, hat Standdienst gemacht, war beim Verteilen von Flyern dabei. Eine derartig engagierte Parteiarbeit hat ihm nun das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden eingebracht. Er wurde einstimmig gewählt. Zudem ist er auch noch Delegierter für die Jahreshauptversammlung des Unterbezirks und Ersatzdelegierter für den Parteiausschuss geworden.

Neu als Delegierte für die Hauptversammlung gewählt wurde Sunwint Haas, die in Zukunft mit mehr Engagement im Ortsverein präsent sein möchte, da ihre berufliche Situation ihr nun mehr Freiraum ermöglicht. Neben Sunwint haben mit Katharina Köhler und Jakob Stahlhuber noch zwei weitere „neue Gesichter“ an der letzten Sitzung des Ortsvereins teilgenommen. Der Ortsverein Johannis freut sich sehr über das wachsende Engagement seiner Mitglieder.

AUFBRUCH ZU GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHEN GRUNDSATZPROGRAMMEN



von **CORNELIA SPACHTHOLZ**,
Vorsitzende AsF Nürnberg

Liebe Genoss:innen, ich hoffe ihr könnt auf ein friedliches Weihnachtsfest und einen schönen Jahreswechsel zurückblicken, verbunden mit den besten Wünschen, vor allem Gesundheit für das neue Jahr.

Aufgrund der anhaltenden Pandemiesituation haben wir mit dem Unterbezirksvorstand und unserer Geschäftsstelle die Jahreshauptversammlung der AsF Nürnberg auf den 19.03.2022, 15 Uhr verschoben, in der Hoffnung dass diese in Präsenz stattfinden kann. Nähere Informationen hierzu erhaltet ihr zeitnah.

Die AsF Nürnberg hat am 11.12.2021 eine Online-Veranstaltung zum Thema „Quo Vadis AsF Nürnberg, Ampelregierung und Koalitionsvertrag, Frauen in der Pandemie“ durchgeführt und den Koalitionsvertrag aus frauen- und gleichstellungspolitischer Perspektive durchleuchtet. Im Rahmen der Diskussion wurden viele, über den Koalitionsvertrag hinausgehende, Ziele und Forderungen identifiziert, die wir im Hinblick auf unser Ziel „Echte Gleichstellung“ anpacken müssen.

Ein weiteres Ziel aus dem Koalitionsvertrag ist die Umsetzung der Istanbul-Konvention – dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.

Hierzu hat die AsF Nürnberg am 18.12.2021 eine Online-Veranstaltung angeboten, als Aufbruch zum Leitantrag der AsF Nürnberg zum „gleichstellungspolitischen Grundsatzprogramm zu Gewalt gegen Frauen“ mit herausragenden Expertinnen wie Michelle Fowinkel, stellv. Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg und Koordinatorin der Gleichstellungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Stadt Nürnberg und Kerstin Lindsiepe, Geschäftsführerin frauenBeratung Nürnberg für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen und unser frauenpolitischen Spre-

cherin der SPD-Stadtratsfraktion Gabriele Penzkofer-Röhl als Referentinnen.

Wir danken auch dem Vorstand der SPD Nürnberg für die Anerkennung der Wichtigkeit der Themen, so dass wir uns über ein jeweiliges Grußwort von Kerstin Gardill und Nasser Ahmed freuen konnten.

Auch für 2022 haben wir uns noch Einiges vorgenommen:

Und so freuen wir uns, Euch jeweils samstags um 15 Uhr, im Januar am 15.01.22 und am 29.01.22, im Februar am 12.02.22 und am 26.02.2022 zu fachlichen Online-Konferenzen einzuladen mit dem Ziel jeweils einen Leitantrag zu den Themen „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu Gewalt gegen Frauen“ sowie „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu Frauen-in-Führungspositionen-Willkommenskultur und Frauen-in-Spitzenpositionen-Offensive“ zu erarbeiten. Am Sonntag, den 13.03.2022, nach dem Equal Pay Day und dem Internationalen Frauentag, erwartet Euch zum ersten Mal der Frauenempfang der AsF Nürnberg als Online-Veranstaltung, damit die JHV am 19.03.2021 hoffentlich in Präsenz stattfinden kann.

Nach der Wahl ist vor der Wahl und so bleibt viel zu tun, auch für uns als AsF Nürnberg. Mit vereinten Kräften können wir mehr erreichen und so hoffen wir auf weitere Genossinnen, sich aktiv in die AsF Nürnberg einzubringen.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



AN ALLE MITGLIEDER DER AVS FRANKEN

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde der AWO.

Wir haben wegen Corona im Jahr 2021 keine Veranstaltungen durchgeführt.

Satzungsgemäß müssen wir aber eine Jahreshauptversammlung bis spätestens 31.3.2022 abhalten.

Wir haben hierfür den Dienstag, 29.3.2022, 15.00 bzw. 18.00 bei der Fränkischen Verlagsanstalt für den Raum „Wilhelm Riepekoehl“ vorgemerkt. Eine genaue Einladung mit Tagesordnung und Vortrag erhaltet Ihr noch rechtzeitig, da wir die aktuelle Lage zu Corona-Maßnahmen abwarten müssen.

Die AG 60plus führt am 25.1.2022 eine Fahrt ins Dokuzentrum München zur Ausstellung „On Tyranny. Zwanzig Lektionen für den Widerstand“ durch. Diese Ausstellung befaßt sich mit Tyrannei und Despoten nicht nur des Hitlerfaschismus. Da wir wahrscheinlich keine eigene Gedenkfahrt wie bisher mehr durchführen können, wurde bei mir angefragt, ob wir uns nicht beteiligen können. Wir finden das eine gute Idee.

Wer daran teilnehmen will, melde sich bitte bei Gabi Penzkofer-Röhrl Tel. 330090 oder Tel.0160 55 18 413 bzw. Email gapero@t-online.de an und gebe auch mir Bescheid.

Über eine finanzielle Mitwirkung entscheiden wir nach den Anmeldungen.

Mit freundlichen Grüßen
Reiner Wagner 1.Vorsitzender

BITTE BEACHTEN:

Das SPD-Büro ist vom 24.12 bis 7.1. geschlossen!
Ab dem 10. Januar sind wir wieder zu den geregelten Öffnungszeiten erreichbar.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JANUAR 2022

11.01.2022 – ab 17:00 Uhr
Mieterbüro
Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9,
90459 Nürnberg
Termine unter 0911/ 43896-0

18.01.2022 – 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof-Vogelherd
Mitgliederversammlung mit Nasser Ahmed
Gaststätte Wäi Daham,
Pilotystraße 44,
90408 Nürnberg

19.01.2022 – 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof
Online-Mitgliederversammlung
Einwahldaten werden per E-Mail an die Mitglieder versandt.

25.01.2022 – ab 17:00 Uhr
Mieterbüro
Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9,
90459 Nürnberg
Termine unter 0911/ 43896-0

Bitte beachte, dass es aufgrund der pandemischen Situation zu terminlichen Abweichungen kommen kann.
Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

die SPD-Stadtratsfraktion wünscht ein gesundes neues Jahr!

Die Pandemie prägt leider immer noch unseren Alltag. Die gewohnten Neujahrsempfänge, bei denen man sich ungezwungen miteinander austauschen konnte, entfallen leider auch in diesem Januar. Diese persönlichen Gespräche fehlen uns. Umso mehr freuen wir uns über Ihre Rückmeldung z.B. per E-Mail oder Telefon zu unseren politischen Vorhaben und Initiativen.

Die neue Bundesregierung hat unter der Federführung von SPD-Bundeskanzler Scholz einen fortschrittlichen Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht, von dem vor allem auch Kommunen wie Nürnberg finanziell wie strukturell profitieren werden. In Anbetracht der Corona-Spuren in unserem Stadthaushalt ist diese Unterstützung auch dringend notwendig, andernfalls ließen sich die vor uns stehenden sozialen und ökologischen Herausforderungen nur schwer meistern. Wir freuen uns auf diese politische Zeitenwende in Berlin und werden den Schwung in unserer Arbeit mit nach Nürnberg nehmen.

Ihr

T. Brehm

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Stadtrat bringt Opernhaussanierung und Interim auf den Weg Beschlüsse greifen SPD-Vorschläge auf



Es gab bisher nur wenige Stadtratsentscheidungen in Nürnberg, die eine so breite und so überregionale Aufmerksamkeit erfahren haben wie dieses Thema. Doch was wurde im Einzelnen am 15. Dezember 2021 im Stadtrat entschieden?

Ein Theater für die Mitte der Gesellschaft bleibt in der Mitte der Stadt. Ein liebgewor-

denes Denkmal, das die Stadtsicht prägt, bleibt erhalten und doch: Innerlich neu. Anders. Offener. Zugänglicher. In einer neu gestalteten Umgebung. Aber weiter im Verbund mit dem Schauspielhaus.

Wir bauen das Interim selbst. An einem Ort, der ein besonderer ist und der deshalb auch besonders behandelt werden muss. >>

An einem Ort, wo sich die geistige und künstlerische Kraft des Theaters dem Ungeist des Nazis entgegenstemmen wird.

Wir gehen an die Kongresshalle. Wir sehen keine tragfähige Alternative zum Standort Kongresshalle. Nicht im Schöller Areal. Nicht auf der Messe. Und nicht an der Meistersingerhalle. Auch nicht auf einer der Flächen, die im Vorfeld der Konzerthausplanung bereits geprüft wurden.

Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur müssen weiterhin möglich sein. Die Interimsnutzung muss Rücksicht nehmen. Der Diskurs um den richtigen Umgang mit der Kongresshalle muss weitergehen. Sensibilität ist gefragt. Hier stehen wir nicht am Ende der Debatte, sondern allenfalls mittendrin.

Es wurde nicht entschieden wo genau die Interims-Spielstätte hinkommt. Im inneren Rund der Kongresshalle? An der Außenseite? Hin zur Stadt oder hin zum Dutzendteich? Wir haben stattdessen ein Verfahren beschlossen, das Fachleute einbezieht und das eine weitere Diskussion über die richtige Platzierung zulässt. Es ist kein Geheimnis: Die SPD plädiert für die Außen-Platzierung. Aber wir sind gespannt auf die Fachbeiträge im Verfahren, und wir lassen uns auf diese Fachbeiträge ein.

Die Rede des Sprechers der Opernhauskommission der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Ulrich Blaschke, in der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2021 gibt es auf spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



„Mehr Inklusion wagen“: Stadtrat beschließt Aktionsplan zur UN-BRK



Ein Etappenziel ist erreicht: Am 15. Dezember 2021 hat der Stadtrat den Ersten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Nürnberg beschlossen. Die Konvention konkretisiert die allgemeinen Menschenrechte für die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung und fordert ihre gleichberechtigte Teilhabe ein. Dies wird oft auch unter dem Begriff Inklusion gefasst, mit dem Ziel einer Gesellschaft, in der alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gleichberechtigt miteinander leben.

Die menschenrechtliche Verpflichtung erwächst aus der Unterzeichnung durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009. Neben dem Nationalen Aktionsplan von 2011 sind auch Aktionspläne von Ländern und Kommunen Teil der gesamtdeutschen Umsetzungsstrategie.

Der jetzt für Nürnberg beschlossene Aktionsplan ist Ergebnis einer 2016 begonnenen, intensiven Zusammenarbeit zwischen Politik, Behindertenrat, Verwaltung, Betroffenen, Angehörigen und der Fachöffentlichkeit. Er umfasst

eine beeindruckende Fülle konkreter Ansatzpunkte für mehr Teilhabe und Inklusion. Die über 200seitige Stadtratsvorlage beschreibt den Prozess und stellt Maßnahmen in acht Handlungsfeldern vor. In dieser ersten Fassung liegt der Schwerpunkt auf Projekten der Stadtverwaltung, aus der unter Federführung des Oberbürgermeisters und der Referentin für Jugend, Familie und Soziales alle Geschäftsbereiche mitgearbeitet haben. Genannt seien z.B. bauliche Barrierefreiheit, die Verwendung Leichter Sprache, eine Website in Deutscher Gebärdensprache, der Fachdienst Inklusion für Kindertageseinrichtungen oder das Programm barrierefrei Lernen am Nürnberger Bildungszentrum.

Die Stadt bekennt sich damit zu ihrer unmittelbaren Verantwortung. Zugleich liegen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten aber außerhalb kommunaler Zuständigkeit, auch ist zu erwarten, dass u.a. mit dem reformierten Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und durch Vorhaben der neuen Bundesregierung weitere Veränderungen kommen werden. Deshalb wird der auf der Website www.inklusion.nuernberg.de veröffentlichte Aktionsplan laufend konkretisiert, um Vorhaben anderer Akteure ergänzt und aktualisiert werden. Für die zusätzliche Finanzierung hat der Stadtrat einen Verfügungsfonds eingerichtet, außerdem sollen zwei Mitarbeiter*innen Unterstützungs- und Inklusionsmaßnahmen bündeln. Wichtiger Impulsgeber und Motor ist und bleibt auch künftig der Behindertenrat der Stadt Nürnberg.

Elisabeth Ries; Referentin für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Energie und Effizienz für eine klimafreundliche Zukunft!



Er hat es in sich, der 56-seitige Energiebericht der Stadt Nürnberg 2021. Ob im Überblick, der Entwicklung der Energiekosten und Verbräuche, der Handlungsfelder und Projektbeispiele oder der Einsparerfolge der Eigenbetriebe – der Bericht zeigt in informativer Weise, dass schon viel auf dem Weg zur klimaneutralen Stadtverwaltung erreicht wurde.

Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt aktuelle Ergebnisse im Jahr 2020 und die Einspar-

potenziale. Dabei teilt sich das Thema Energie in Strom und Wärme auf:

Beim Strom liegt die Stadt Nürnberg 2020 im Verbrauch bei rund 98 GWh, die Kosten belaufen sich auf 22 Mio Euro und die CO₂-Emissionen betragen 27.200 Tonnen. Das bedeutet im Vergleich zum Stromverbrauch im Jahr 2000 eine Senkung um 27 Prozent.

Bei der Wärme beträgt der Verbrauch rund 131 GWh mit 10 Mio Euro an Kosten und 26.600 Tonnen CO₂-Emissionen. Im Vergleich zum Jahr 2000 konnten hier der Wärmeverbrauch der städtischen Gebäude um 33 Prozent verringert werden. Insgesamt gesehen sanken die CO₂-Emissionen der Stadt Nürnberg seit 2000 um sogar 50 Prozent auf 53.800 Tonnen. Das ist ein beachtlicher Erfolg.

Da stellt sich die Frage, wer steckt dahinter? Es sind viele Akteure im Spiel, aber hauptsächlich zwei stehen im Fokus: Das ist zum einen die Abteilung Kommunales Energiemanagement (KEM) und zum anderen alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ende gut – alles gut. Leider nein! Dieses Tempo zu noch mehr Energieeffizienz und mehr grünem Strom reicht nicht aus, um 2035 klimaneutral zu werden. Eine beauftragte Studie aber zeigt, dass es zu schaffen ist: mit zusätzlichen Investitionen für rund 10 Millionen Euro pro Jahr. Ich meine, diese Investitionen müssen wir stemmen: für den Klimaschutz, für die Natur und die nächsten Generationen.

Weitere Informationen:
Dieter Goldmann;
spd@stadt.nuernberg.de



Rathaus-SPD unterstützt Bundesinitiative für ein NSU-Dokumentationszentrum und zweiten NSU-Untersuchungsausschuss in Bayern

Recherchen des Bayerischen Rundfunks und der Nürnberger Nachrichten förderten in den letzten Tagen neue Hinweise zu Tage, dass die rechtsextreme Terrororganisation NSU auf ein breites Netzwerk in der Region zurückgreifen konnte.

Die Vielzahl an Adressen, die der NSU zusammengetragen hat, schockiert. Alleine in Nürnberg waren es über 50. Dass die Sicherheitsbehörden für die Betroffenen keine Bedrohungslage sehen, bleibt in dieser Pauschalität höchst zweifelhaft. Hier braucht es dringend Aufklärung. Es ist deshalb richtig, dass SPD und Grüne im Bayerischen Landtag die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses vorantreiben. Es gibt noch zu viele offene Fragen, die uns als Gesellschaft umtreiben. Eine lückenlose Aufklärung sind wir vor allem auch den Angehörigen schuldig, die lange von Ermittlungsbehörden zu Unrecht verdächtigt wurden.

Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt zudem die Initiative der neuen Bundesregierung, sich dem NSU-Komplex und der zugehörigen Erin-

nerungsarbeit anzunehmen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP fordern die drei Regierungsparteien „die Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“.

Für die Rathaus-SPD ist klar, dass die Stadt Nürnberg an dieser Initiative mitwirken und zeitnah Gespräche mit der Bundesregierung führen muss. Nürnberg sollte sich bei der Initiative des Bundes maßgeblich einbringen. Als Stadt, in der schreckliche NSU-Morde begangen wurden, haben wir eine besondere Verantwortung, uns aktiv zu beteiligen und Nürnberg auch als Standort vorzuschlagen. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Die SPD-Fraktion regt zudem an, ein mögliches Dokumentationszentrum als Ort der Erinnerungsarbeit konzeptionell auch mit einer Aufklärungs- und Forschungsstelle zum Thema „Rechtsextremismus“ zu ver-

binden. Auf diese Weise kann langfristig sichergestellt werden, dass nicht nur an die schrecklichen Morde des NSU erinnert wird, sondern auch langfristig und strukturell daran gearbeitet wird, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen. Dabei muss auch der Freistaat Bayern sein Engagement noch deutlich ausbauen. Für die Umsetzung einer konzeptionell starken Stelle ist der Einsatz von Bund und Land notwendig. Man muss dem zerstörerischen rechten Gedankengut konsequent und frühzeitig entgegenreten – gemeinsam, gesellschaftlich und auf allen staatlichen Ebenen.



Weitere Informationen:
Thorsten Brehm; Dr. Anja Pröll-Kammerer;
spd@stadt.nuernberg.de

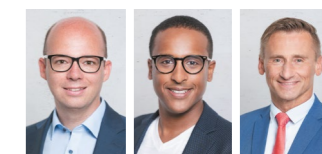
Unterstützung von Sportvereinen in Nürnberg

Sportvereine stehen auch in Nürnberg aufgrund der Corona-Pandemie vor großen akuten und strukturellen Herausforderungen. Die SPD-Stadtratsfraktion möchte deshalb deren wichtige Arbeit und Tätigkeit in Nürnberg unterstützen und bei Problemen Hilfestellung leisten.

Energiepreise
In Deutschland steigen die Energie- und Gaspreise. Darunter leiden nicht nur normale Privathaushalte sondern auch Sportvereine, insbesondere die mit eigenen Turnhallen. Diese sind im Unterhalt und beim Heizen sehr kostenintensiv. Die strukturelle Ungerechtigkeit zwischen den Vereinen, die sich vergleichsweise kostengünstig in städtische Hallen einmieten können, und solchen, die eigene Gebäude unterhalten müssen, war immer wieder Gegenstand der Beratungen in der Sportkommission der Stadt Nürnberg. Diese Schere geht nun durch die steigende Preisspirale weiter auseinander. Dieser Entwicklung sollte durch entsprechende Anpassungen der Sportförderrichtlinien begegnet werden. Damit kann den Vereinen geholfen werden, die in Anbetracht der anhaltenden Pandemie ohnehin vor großen Herausforderungen stehen.

Neue Lokale Mitgliederwerbekampagne
Aufgrund der Corona-Maßnahmen war und ist das Sportangebot vieler Vereine eingeschränkt. Dies führt einerseits gerade bei Kindern und Jugendlichen zu Kündigungen von Mitgliedschaften in Sportvereinen, andererseits schreckt die unsichere Trainingssituation viele Personen ab, neu in Sportvereine einzutreten.

Die Rathaus-SPD möchte deshalb, dass die Stadtverwaltung in Abstimmung mit den Sportvereinen und dem BLSV, den Start einer neuen lokalen Werbekampagne prüft. Um dem Austrittstrend entgegenzuwirken, sollte mit der Kampagne baldmöglichst, die Bürgerschaft aufgefordert werden, ihrem Verein in den schwierigen Corona-Zeiten die Treue zu halten. Im Frühling, wenn die Corona-Zahlen erwartungsgemäß sinken, sollte dazu motiviert werden, die vielen spannenden Sportangebote zu nutzen und in Sportvereine einzutreten.



Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Dr. Nasser Ahmed;
Dieter Goldmann;
spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Die Rathaus-SPD will deshalb, dass die Stadtverwaltung entsprechende Vorschläge vorlegt, wie den Vereinen mit eigenen Turnhallen finanziell sowie strukturell geholfen werden kann. Dabei soll auch auf einen möglichen Gas-Rahmenvertrag zwischen dem Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) und der N-Ergie eingegangen werden, der seit vielen Jahren immer wieder im Gespräch ist.

Kommunale Familie setzt auf Zusagen im Koalitionsvertrag!

Zum Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP

MEHR FORTSCHRITT WAGEN

BÜNDNIS FÜR

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT

KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP

Ein Standpunkt von Frank Baranowski, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK).

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien werden wichtige politische Akzente gesetzt und es wird ein Klima für Innovationen geschaffen. Das ist gut. Wir bekommen mehr soziale Gerechtigkeit und die sozialdemokratische Formel ‚Aufstieg durch Bildung‘ ist wieder mit Inhalten hinterlegt. Außerdem erhalten die Städte, Gemeinden und Kreise dort Unterstützung, wo sie benötigt wird.

So ist in dem vorgelegten Vertrag erstmalig ein klares Bekenntnis zur Unterstützung von überschuldeten Kommunen zu finden. Zudem soll die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden, etwa indem der direkte Dialog des Bundesgesetzgebers mit der kommunalen Ebene ausgebaut werden soll.

Ich hätte mir als Kommunalvertreter ein etwas stärkeres Bekenntnis zur Konnexität gewünscht, also das Prinzip, dass der Bund auch die Finanzierung übernimmt, wenn er den Kommunen Aufgaben überträgt. Wir werden an dieser Stelle als kommunale Familie weiter hartnäckig dafür werben.

Die Liste der Themen, die für die Städte, Gemeinden und Kreise eine große Bedeutung

haben, ist aber durchaus beeindruckend. Wichtige Punkte für die Kommunen sind benannt:

- > Unterstützung des ÖPNV bei pandemiebedingten Einnahmeausfällen und eine bessere Finanzierung.
- > Der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon werden 100.000 öffentlich gefördert.
- > Die Städtebauförderung wird beibehalten und dauerhaft erhöht. Finanzschwache Kommunen sollen bei der Inanspruchnahme besonders unterstützt werden.
- > Der Bund bekennt sich zu seiner Rolle beim Ausbau der Ganztagsangebote.
- > Die Digitalisierung der Schulen soll weiter vorangetrieben werden. Es soll ein Digitalpakt Schulen 2.0 auf den Weg gebracht werden.
- > Der Bund will seine Beteiligung an flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen fortsetzen.
- > In den Bereichen Transformation und Klimaschutz sollen steuerschwache und überschuldete Kommunen besonders unterstützt werden.
- > Sämtliche Förderprogramme sollen entbürokratisiert und der Zugang vereinfacht werden.

> Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wird auf der kommunalen Ebene gestärkt.

> Der soziale Arbeitsmarkt wird dauerhaft gesichert.

Insgesamt ist ein positives Fazit zu ziehen. Wichtige Entscheidungen, für die CDU/CSU keine Verantwortung übernehmen wollten, werden in dem Vertrag von SPD, Grünen und FDP adressiert. Für die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland kommt es jetzt darauf an, dass die Zusagen im Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Die SPD-Kommunen nehmen das Angebot der neuen Bundesregierung zur konstruktiven Zusammenarbeit an und bringen sich gerne aktiv ein.

Die Bundes-SGK ist der Zusammenschluss der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SPD. Sie wurde im Jahr 1978 in Kassel gegründet und zählt rund 23.000 Mitglieder. Dazu gehören Mitglieder der Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise, Bezirksvertreter, in Ausschüssen tätige sachkundige Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte der Kommunen sowie Personen, die in der öffentlichen Verwaltung ein Amt oder in der SPD eine Funktion mit kommunalpolitischem Bezug haben. (www.bundes-sgk.de)